

Offener Brief

Verteilung von nach § 29 Strahlenschutzverordnung „freigemessenem“ Müll stoppen

- Interessengemeinschaft Deponien Schwieberdingen und Horrheim
- Bürger-Initiative Gegen Müll-Geschäfte (BIGMÜG Buchen)
- Bürgerinitiative GegenGift Heilbronn/UnterLand
- Initiative AtomErbe Obrigheim
- Arbeitsgemeinschaft AtomErbe Neckarwestheim
- Antiatom-Initiative Karlsruhe (AAI Karlsruhe)
- Initiativkreis Müllgebühren Ludwigsburg
- Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)
- BUND-Regionalverband Heilbronn-Franken
- Ärztinnen und Ärzte in sozialer Verantwortung - Liste Sprechende Medizin / Demokratische Ärztinnen und Ärzte in der Vertreterversammlung der Landesärztekammer BW
- IPPNW Stuttgart e.V. (Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung)

c/o BUND RV Heilbronn-Franken
Lixstraße 8
74072 Heilbronn

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Baden-Württemberg
Herrn Minister Franz Untersteller
Kernerplatz 9
70182 Stuttgart

29.11.2017

Sehr geehrter Herr Minister Untersteller,

Ihre Antworten auf die beiden Landtagsanfragen der Grünen-Abgeordneten und der FDP-Abgeordneten hinterlassen einen zwiespältigen Eindruck. Wir begrüßen, dass Sie sich mit dem Thema „Freigabe nach § 29 Strahlenschutzverordnung“ inhaltlich befasst haben, sind aber mehr als enttäuscht über Ihre erneute Verweigerung, die Bedenken aus der Bevölkerung ernst zu nehmen und darauf einzugehen. Unbestreitbar ist, dass die radioaktive Belastung der Umwelt durch die Nutzung der Atomtechnologie ständig steigt. Auch die beim Rückbau der Kernkraftwerke anfallende Radioaktivität im Abrissmüll summiert sich wie jegliche radioaktive Strahlung, also auch die sogenannte „geringe“ in den Körpern von Mensch und Tier und kann früher oder später je nach Disposition zu ernstesten gesundheitlichen Störungen bis in das Genmaterial hinein führen. Die Tatsache, dass auch Boden und Wasser, ebenso die damit in Berührung kommende Pflanzungen, die Strahlung aufnehmen, verstärkt das Problem zusätzlich über die Nahrungskette.

Die Sorge des Landrats Dr. Brötel des Neckar-Odenwald-Kreises um die Risiken



Antiatom-Initiative Karlsruhe

Initiativkreis Müllgebühren
Ludwigsburg



der Ablagerung von Freiemessmüll aus dem AKW Obrigheim in der Deponie Buchen haben Sie laut Pressenachrichten mit der Drohung beantwortet, ihn persönlich haftbar zu machen.

Der Ludwigsburger Kreistag beschloss mit einer 2/3-Mehrheit, den Einbau von Freiemessmüll auf den Ludwigsburger Kreisdeponien abzulehnen. Der zusätzlich beschlossene Antrag, wonach Landrat Dr. Haas Herrn Ministerpräsident Kretschmann bittet, sich erstmals intensiv um die vorgeschlagenen Alternativen zur Deponierung des gering belasteten radioaktiven Freiemessmülls aus dem AKW Neckarwestheim zu kümmern, wurde von Herrn Staatsminister Murawski vor allem mit dem Hinweis auf angebliche juristische Unausweichlichkeiten abgelehnt.

Gesetze sind von Menschen gemacht und müssen ggf. geändert werden, um sich an neue Erkenntnisse zum Schutz der Bevölkerung anzupassen.

Leider war bei der Grün-Schwarzen Landesregierung nie ein politischer Wille zu erkennen, sich bei den zahlreich geäußerten Sorgen ihrer Bürger, um umweltverträgliche Alternativen zur Freigabe des Abrissmülls – wie sie in einem Gutachten des IPPNW auf dem Tisch liegen - auch nur zu bemühen.

Die Bürger sollen stattdessen mit Vergleichswerten der natürlichen Strahlenbelastung oder nicht korrekten Alltagsbeispielen (Düngemittelsack, Granitarbeitsplatte, etc.) beschwichtigt werden. Eine Bürgerbeteiligung wird von der Landesregierung in dieser Frage kategorisch abgelehnt. Schlimmer noch, sie erweckt den Eindruck, kritische Stimmen ersticken zu wollen. So hatten die demokratisch gewählten Delegierten der Baden-Württembergischen Ärzteschaft in ihrer Vertreterversammlung im letzten Jahr vor der Verharmlosung der Strahlenrisiken des Freiemessmülls auch im Niedrigstrahlenbereich gewarnt. Dies wurde beim Deutschen Ärztetag im Mai 2017 in Freiburg deutschlandweit bestätigt. Nun werden am 29. November in Stuttgart der Landes- und Bundes-Ärztammerpräsident sowie betroffene Landräte bei einem Fachgespräch über den Freiemessmüll durch das Umweltministerium Ba-Wü ausschließlich mit Strahlenschutzspezialisten konfrontiert, die dieses Freiemessverfahren befürworten, um die Ärzte und Landräte wieder „auf Linie der Landesregierung“ zu bringen. Warum werden bei diesem hochkarätigen Fachgespräch sowohl kritische WissenschaftlerInnen und BürgervertreterInnen als auch die von der Maßnahme betroffenen BürgerInnen komplett ausgeschlossen?

Es geht um Freiemessmüll, der nur *verwaltungstechnisch* als „nichtradioaktiv“ bezeichnet werden darf, aber physikalisch selbstverständlich weiterhin radioaktiv wirksam bleibt. Der Freiemessmüll wird Radioaktivität auf unsere Deponien und in unsere Verbrennungsanlagen bringen und von da den Weg zu den Menschen finden. Die Radioaktivität wird aber auch in Form von Millionen Tonnen Material Recyclingmüll, der beim Abbau der Atomanlagen anfällt, direkt zu den Menschen finden.

Ein Schönreden auch dieser niedrigen Strahlenbelastung ist unzulässig, da ihre Verteilung vermeidbar ist. Wir können jetzt entscheiden, wie wir damit umgehen: Jetzt Geld in die Hand nehmen, um diese Strahlenaktivität an einem Ort unter Aufsicht gesammelt zusammen zu halten, oder sie auf viele Deponien und in die Umwelt ohne weitere Strahlenschutzkontrollen verteilen und womöglich vergessen und hierdurch gesundheitliche und genetische Risiken in Kauf nehmen.

Unsere Forderungen:

- Ein Moratorium bei der Freigabe von radioaktiv belasteten Materialien aus Atomanlagen. Das gesamte Material muss gesichert am jeweiligen Standort aufbewahrt werden, bis alle Atomanlagen abgebaut sind und klar ist, welche Mengen in Deutschland insgesamt anfallen und was damit langfristig geschehen soll.
- Keine Herausgabe oder Freigabe von Material aus Atombetrieben mit nachweisbarer künstlicher Radioaktivität, egal in welcher Höhe, sondern dauerhafte kontrollierte Lagerung.
- Echte Strahlenminimierung statt Verharmlosung - den 10 µSv-Persilschein abschaffen. Es gibt keine Grenzwerte für die Ungefährlichkeit von Strahlenbelastung.
- Fördern Sie die medizinische Forschung zu Risiken im Niedrigstrahlenbereich und die Initiierung

von Gesundheitsregistern um kerntechnische Anlagen und Deponien.

- Keine Atom-, Strahlenschutz- und Deponie-Genehmigungen ohne Umweltverträglichkeitsuntersuchung, keine Genehmigung nur bei Erfüllung von Minimalanforderungen.
- Der neu eingeführte gesetzliche Zwang zum „Freimessen“ führt zur Maximierung der beim AKW-Abriss in die Umwelt freigesetzten Radioaktivität, er muss wieder abgeschafft werden.
- Keine Dekontamination von Strahlenmüll, um möglichst viel Radioaktivität freizumessen und langfristig unkontrolliert in die Umwelt abgeben zu können,
- Keine Abklinglagerung von Strahlenmüll, um möglichst viel Radioaktivität freizumessen und langfristig unkontrolliert in die Umwelt abgeben zu können,
- Transparenz beim Umgang mit den nuklearen Hinterlassenschaften und eine breite gesellschaftliche Debatte über die langfristige Aufbewahrung.
- Dazu gehört auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung bei atomrechtlichen Genehmigungen,
- Befristung von atomrechtlichen Genehmigungen, so dass für eine Verlängerung eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden muss.
- Offenlegung der Informationen über Mengen und Verbleib von radioaktiven Materialien.
- Eine Bestandsaufnahme der bisher in Deutschland insgesamt angefallenen radioaktiv belasteten Abfälle, d. h. aus der Nutzung der Atomenergie, der nuklearen Forschung, der industriellen und medizinischen Anwendung und ggf. weiteren Quellen.
- Machen Sie den Weg frei für eine kontrollierte Lagerung des radioaktiv belasteten AKW-Materials an den AKW-Standorten, bis eine bessere Lösung für den bundesweit anfallenden Abfall aus Atomanlagen gefunden ist.
- Bringen Sie das Thema in die Konferenz der Umweltminister der Bundesländer ein, die sich länderübergreifend damit befassen sollen. Nutzen Sie Ihre Möglichkeit der Bundesratsinitiative, um eine bessere Lösung für die Millionen Tonnen Abfall aus dem Abbau der AKWs und anderer Atomanlagen zu finden. Dabei sind alle radioaktive Stoffe aus medizinischer und der industrieller Nutzung zu berücksichtigen. Es geht nicht nur um Baden-Württemberg, sondern alle Bundesländer sind betroffen.
- Zu guter Letzt: Der sofortige Stopp des AKW-Betriebs würde die tägliche Erzeugung weiteren radioaktiven Müll verhindern, auch die des Freimessmülls.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. D. Vogt, A. Scheuermann, G. May-Stürmer,
Dr. med. J. Schmid, F. Wagner, Dr. W. Appel, J. Hellgardt,
S. Thielicke, Dr. med. R. Maitra, G. Patan, U. Buchholz

Kontaktdaten/Ansprechpartner siehe nächste Seite.

Ergänzende Info (unverbindlich):

Das hochkarätig besetzte Fachgespräch des Baden-Württembergischen Umweltministeriums zum Mikrosievert-Konzepts bei der Freigabe aus Anlass der Entschließungen des Deutschen Ärztetages und der Landesärztekammer Baden-Württemberg findet am 29.11.17 von 10 bis 15.30 in der L-Bank, Börsenplatz 1, 70174 Stuttgart unter Ausschluss von kritischen Wissenschaftlern oder Bürgervertretern und der Öffentlichkeit statt.



Rückfragen gerne an:
Interessengemeinschaft Deponien Schwieberdingen und Horrheim
www.Froschgraben-freigemessen.de
mail @ froschgraben-freigemessen.de
Dr. D. Vogt



Bürger-Initiative Gegen Müll-Geschäfte
www.BIGMUeG.de
A. Scheuermann



Bürgerinitiative GegenGift Heilbronn/UnterLand
http://gegengift.blogspot.eu
bi-gegen-gift @ online.de
G. May-Stürmer



Initiative AtomErbe Obrigheim
www.AtomErbe-Obrigheim.de
G. Patan
info @ atomerbe-obrigheim.de



Arbeitsgemeinschaft AtomErbe Neckarwestheim
www.AtomErbe-Neckarwestheim.de
F. Wagner
richtig-abschalten @ atomerbe.de

Antiatom-Initiative Karlsruhe AAI Karlsruhe

Initiativkreis Müllgebühren Ludwigsburg Dr. W. Appel



Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn
www.EnergiewendeHeilbronn.de
F. Wagner
Energiewende-hn @ gmx.de



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.
www.bbu-online.de
U. Buchholz
bbu-online @ t-online.de



Regionalverband Heilbronn-Franken
Lixstraße 8, 74072 Heilbronn
07131 77 20 58, fax 77 20 59
bund.franken@bund.net

BUND-Regionalverband Heilbronn-Franken
J. Hellgardt
bund.lauffen @ online.de



**Ärztinnen und Ärzte in sozialer Verantwortung –
Liste Sprechende Medizin / Demokratische Ärztinnen und Ärzte**
in der Vertreterversammlung der LÄK BW
Dr. R. Maitra



**IPPNW Stuttgart e.V., Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges,
Ärzte in sozialer Verantwortung)**
Dr. J. Schmid

